

HORST DIETZEL

»Neue Herausforderungen« in der Programmatik der Linken

»Herausforderungen« bzw. »neue Herausforderungen« – das sind die Begriffe, mit denen politische und programmatische Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der Parteien in Deutschland geführt werden. »Neue Herausforderungen« ist dabei ein Synonym für veränderte Bedingungen, auf die die Politik reagieren müsse. Die Debatte um die »Herausforderungen« ist deshalb so wichtig, weil aus der Analyse der gegebenen Verhältnisse, vor allem ihrer Veränderungen im Vergleich zu vorhergehenden Jahrzehnten (und aus den daraus abgeleiteten Trends), Schlussfolgerungen für die Politik und Programmatik der jeweiligen Parteien abgeleitet werden.

In der öffentlichen Debatte werden unter dem Stichwort »Herausforderungen« in erster Linie folgende Begriffe genannt: die Globalisierung, der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft und der Übergang zur »Wissensgesellschaft«. Hinzu kommen noch andere Probleme wie die ökologischen Fragen, die Massenarbeitslosigkeit, die »Unfinanzierbarkeit« der sozialen Sicherungssysteme, Migration, Terrorismus, die hohe Staatsverschuldung, Veränderungen im Geschlechterverhältnis usw.

In den gültigen Parteiprogrammen der Linkspartei und der WASG gibt es keine gesonderten Abschnitte über die Herausforderungen. Die Linkspartei formuliert sehr ausführlich in einem eigenen Abschnitt die Sicht auf die gegenwärtige Welt. Im Unterschied zu den Programmen von Linkspartei und WASG werden in den »programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland« unter der Überschrift »Widersprüche in der gegenwärtigen Gesellschaft« Herausforderungen formuliert, »die neue Antworten« verlangen. Allerdings werden diese Herausforderungen nur als »Ergebnis kapitalistischer Krisenprozesse, wirtschaftlicher und politischer Herrschaftsstrategien des großen Kapitals und der Politik der es stützenden Regierungen« begriffen.¹ Genannt werden: Massenarbeitslosigkeit und Gestaltung der Arbeitswelt, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit, Erneuerung sozialer Sicherungssysteme und Überwindung übermäßiger öffentlicher Verschuldung, Bildung und Wissenschaft, regionale Unterentwicklung, Umweltkrise, Globalisierung und demografischer Wandel.²

Im »Aufruf zur Gründung einer neuen Linken« werden eingangs die Veränderungen in der Welt prägnant beschrieben. Vor allem werden hier die Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung hervorgehoben. In den folgenden Abschnitten kritisieren die Autorinnen und Autoren den Kapitalismus und die barbarische Weltwirtschaftsordnung. Für sie

Horst Dietzel – Jg. 1943; Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler, Berlin. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Abkehr vom Klassenkampf? Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages in der PDS, Heft 180 (Oktober 2005).

1 Vgl. Programmatik der Linkspartei auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, Februar 2006, S. 2.

2 Ebenda, S. 3.

3 Vgl. Aufruf zur Gründung einer neuen Linken, www.sozialisten.de, Neues Deutschland vom 3./4. Juni 2006.

existiert offenbar kein Zusammenhang zwischen beiden. Man fragt sich, welche Wirtschaftsordnung hat den ganzen Reichtum hervorgebracht, denn der Kapitalismus ist nur für die Übel dieser Welt zuständig. Die Marx'sche Erkenntnis, dass der Kapitalismus beides hervorbringt, sowohl Fortschritt wie auch Barbarei, ist dem Papier nicht zu entnehmen.³

Während andere Parteien die Herausforderungen lediglich als ein Ergebnis von technischen Entwicklungen, von wirtschaftlichen Prozessen und kulturellen Veränderungen sehen, betont die Linke, dass diese Entwicklung Ergebnis einer bestimmten Politik und Strategie sowohl der Wirtschaft wie der Parteien ist. Bei der Linken ist alles dem Kapitalismus und der neoliberalen Strategie allein geschuldet. Anderes wird oftmals zu wenig beachtet. Wir haben es hier mit einer gegenläufigen Begründung zu tun: Die einen negieren die politische Strategie und die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung, die anderen weitgehend die Produktivkraftentwicklung und sich daraus ergebende neue Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Beides hält aber bekanntlich nur im Zusammenhang einer ernstzunehmenden Betrachtung stand.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die Globalisierung (einschließlich Europäische Union und die neuen Bedingungen in der Außen- und Sicherheitspolitik), auf die »Wissensgesellschaft« bzw. den Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien (einschließlich Massenarbeitslosigkeit) und auf den demografischen Wandel. Selbstverständlich sind die ökologischen Probleme oder die Frage nach der Gleichstellung der Geschlechter wichtige Herausforderungen, auf die aber hier nicht näher eingegangen wird.

Globalisierung

Kein anderer Begriff wie der der »Globalisierung« spielt in der politischen Debatte der Gegenwart eine so große Rolle. Hier heben linke Kräfte zu Recht immer wieder hervor, dass die gegenwärtige Art der Globalisierung nicht »naturegegeben« ist, sondern dass sie einer bestimmten Strategie der tonangebenden wirtschaftlichen und politischen Eliten folgt. Dennoch darf nicht verkannt werden, dass es sich letztlich um einen Prozess handelt, der auf den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Vergesellschaftungsstufen zurückgeht. Aufgrund der Produktivkraftentwicklung erzwingt das Kapital eine neue Vergesellschaftungsstufe. Der (nunmehr enge) nationale Rahmen, den das Kapital einmal hervorgebracht hat, wird zunehmend gesprengt. Das Kapital organisiert sich den globalen Raum. Möglich und notwendig sind eine Einschränkung seiner Handlungsmöglichkeiten und eine zunehmend soziale Gestaltung dieses Prozesses. Dazu sind mächtige Gegenbewegungen erforderlich. Internationalisierungsprozesse sind aber generell nicht rückholbar, es sei denn um den Preis des Rückfalls der Produktivkraftentwicklung und damit des Lebensniveaus.

Während andere Parteien Gefahren und Chancen von Globalisierungsprozessen gleichermaßen betonen, dominiert bei der Linken der Kampf gegen die neoliberal dominierte Globalisierung. Im Parteiprogramm der Linkspartei ist von einem »neuen Totalitarismus der glo-

balen Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen« die Rede. In der Logik einer solchen Betrachtungsweise scheint wohl kaum eine positive Gestaltung der Globalisierung möglich. Völlig verwirrend ist Oskar Lafontaines Überlegung, man solle doch »Globalisierung« mit »Kapitalismus« übersetzen.⁴ Hier werden offenbar neue Erscheinungen im Kapitalismus der Gegenwart völlig verdrängt.

Die WASG schreibt, dass die Politikerinnen und Politiker sich durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und den schrankenlosen Freihandel selbst entmachtet hätten. Der weltweite unumschränkte Handel mit Waren und Dienstleistungen ermögliche die Ausbeutung der Arbeitskräfte der ärmsten Länder zugunsten der Gewinnmaximierung der internationalen Konzerne und das gegeneinander Ausspielen mit den Beschäftigten in den Industriestaaten. Sicher sind diese Prozesse real, aber einseitig dargestellt. Es gibt auch gegenläufige Tendenzen des Aufstiegs, vor allem von Schwellenländern. Es existiert auch kein unumschränkter Freihandel. Vor allem aber schwingt hier die These mit, dass durch Rücknahme der oben genannten Prozesse die Probleme geklärt werden könnten.⁵ Außerdem erscheint die Globalisierung immer wieder nur als ein negativer Prozess, der überhaupt keinen Produktivkraftfortschritt bringt. Richtig ist, dass der finanzgetriebene internationalisierte Kapitalismus tatsächlich destruktiv wirkt und große soziale Probleme mit sich bringt.

In den Eckpunkten wird Globalisierung nur als ein negativer Prozess beschrieben, der zur weiteren Einkommensungleichheit und zu mehr Rüstungsausgaben geführt habe.⁶ Hochrüstung hat es schon vor den gegenwärtigen Globalisierungsprozessen gegeben und ist nicht ursächlich den gegenwärtigen Internationalisierungsprozessen geschuldet. Hochrüstung war bekanntlich auch eines der Kennzeichen der Systemauseinandersetzung. Bei den Löhnen drängt sich ein Bild auf, als ob durch Abschottung von Niedriglohnkonkurrenz – wie durch Abschottung überhaupt – Steigerungen von ohnehin hohen Löhnen dann wieder problemlos machbar seien. Ein möglicherweise höheres nationales Wirtschaftswachstum ist aber durch Negation der Internationalisierung kaum möglich. Und die nationalstaatlichen wirtschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten werden tatsächlich eingengt.

Schon ein Blick in den »Klassiker« der links orientierten Globalisierungsliteratur zeigt, dass es sich bei der Globalisierung um einen ernst zu nehmenden Prozess handelt, der die politischen Akteure vor neuartige Herausforderungen stellt: »Tatsächlich löst sich die Form des Nationalstaates als Subjekt des internationalen politischen Systems infolge von Deregulierung und Souveränitätsverlust auf, weil die Kompatibilität von Staatsvolk, Staatsmacht und Staatsgebiet mehr und mehr schwindet.«⁷ Dies ist eine Konsequenz der Ausweitung des Welthandels, der Zunahme von grenzüberschreitenden Direktinvestitionen, der Entwicklung von globalen Kapitalmärkten und von Migration. So entsteht ein ökonomischer Raum, der nicht mehr durch nationalstaatliche Grenzen und das in ihnen geltende Regelwerk umschrieben wird. Globalisierung kommt weniger in grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalströmen zum Ausdruck als darin, dass die Parameter für wirtschaftliches Handeln an allen Orten des Globus auf

4 Oskar Lafontaine: Was ist die Linke? Rede auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar in Berlin, in: Die Linke. PDS, Pressedienst 4/06, S. 11.

5 Oskar Lafontaine fordert für »schwächere Staaten« Zölle bzw. das Recht, Zölle einzuführen, um in ihrem Land autonom Produktionen aufzubauen. Zu fragen wäre hier, wer legt fest, wer schwach ist und wer stark? Vgl. Oskar Lafontaine, a. a. O., S. 12.

6 Eckpunkte...a. a. O., S. 3.

7 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1999, S. 31.

globalen Märkten gebildet werden. Die Waren müssen sich im abstrakten Raum globalen Wettbewerbs nicht nur als Gebrauchswerte, sondern vor allem als Tauschwerte bewähren. Globalisierung bedeutet vor allem die Herrschaft des Tauschwertes über den Gebrauchswert, die Globalisierung von Standards, die für lokale Entscheidungen zur Richtschnur werden.

Es geht um eine politische Antwort auf die neue Konkurrenzsituation der Unternehmen auf dem Weltmarkt. Diese erfolgt stärker und direkter und führt zu entsprechenden Kostensenkungsstrategien bei Löhnen, Steuern und Sozialabgaben. »Sozialstaaten« werden zu »Wettbewerbsstaaten«. Wenn dies so ist, dann stellt sich politisch die Frage, wie die Staaten darauf antworten. Der kollektive Aufschrei und Kritik reichen da nicht aus. Eine Antwort ist vorrangig die nach der Handlungsfähigkeit im EU-Rahmen. Bernd Riexinger und Werner Sauerborn schreiben, dass Globalisierung nicht einfach Exodus des Kapitals in Niedriglohnländern heiße, sondern vor allem Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und Herausbildung eines internationalen Arbeitsmarktes. Die Autoren wenden sich gegen eine gewerkschaftliche Argumentation, »dass der deutsche Standort in Wirklichkeit gar nicht schwach ist«, die Standorterpressung nur ein großer Bluff sei, eine Lügenargumentation, der man nicht auf dem Leim zu gehen brauche.⁸

Altwater und Mahnkopf kritisieren zu Recht die Keynesianer, die in ihrem Kategoriensystem Tendenzen der Globalisierung kaum wahrnehmen, sondern diese wie Flügel der Windmühle durch Don Quixote bekämpfen und zurückweisen. »Dies ist der Grund dafür, dass Keynesianer häufig hilflos auf die von ihnen denunzierten Tendenzen der Deregulierung, auf die Rücknahme wirtschaftspolitischer Steuerungsmöglichkeiten des Nationalstaates, reagieren.«⁹ Im Parteibildungsprozess von Linkspartei und WASG scheint sich durch die Dominanz einer ungebrochen keynesianischen Sichtweise die Orientierung auf den Nationalstaat und die auf Rücknahme von Internationalisierungsprozessen zu verstärken.

Es gibt im linken Spektrum auch unterschiedliche Bewertungen, ob und inwieweit sich internationale Institutionen wie WTO, IWF oder Weltbank demokratisieren lassen oder nicht. Allerdings wird die Orientierung einer Partei vorrangig auf die Entwicklung einer »Bewegung von unten« nicht ausreichen. Letztlich lässt sich die Transformation vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat durch die Globalisierungsprozesse (zumindest teilweise) nicht mehr nur national, sondern vorrangig auf europäischer Ebene lösen. Ob mit der Orientierung auf einen »Neoprotektionismus« gesellschaftliche Handlungsspielräume zurück gewonnen und damit die Voraussetzungen für eine Re-Zivilisierung des entfesselten Kapitalismus geschaffen werden, bleibt mehr als fraglich.¹⁰ Die Abschottung vom Weltmarkt bremst letztlich die Produktivkraftentwicklung und senkt deutlich den allgemeinen Lebensstandard. Es war auch eines der ökonomischen Grundprobleme der DDR und anderer sozialistischer Staaten, dass sie nicht ausreichend an der internationalen Arbeitsteilung aus verschiedenen Gründen teilgenommen haben.

Europäische Union

Zu Recht kritisieren Linkspartei und WASG die Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch die Militarisierung der EU. Die Positionierung

8 Vgl. Bernd Riexinger, Werner Sauerborn: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2004, S. 24/25.

9 Ebenda, S. 42. In der keynesianischen Sichtweise ist der Nationalstaat wirtschaftspolitisch souverän, insofern er Konstellationen von Märkten innerhalb nationaler Grenzen beeinflussen kann. Er operiert als Interventionsstaat, der die Konjunktur antizyklisch steuern kann. Die Märkte sind national, die Ökonomie ist Nationalökonomie. Vgl. ebenda.

10 Vgl. Joachim Bischoff, Christoph Lieber: Im Teufelskreis der Illusionen. Was zur Wahl steht, in: Sozialismus 8-9/2005, S. 9.

beider Parteien (Eckpunktepapier) zur EU ist aber zum Teil widersprüchlich. Einerseits heißt es klar, dass eine alternative Wirtschaftspolitik in der EU und international mit Kämpfen um soziale und ökologische Veränderungen und um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verbunden werden muss. Unerlässlich ist die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte: Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulationen, europäische Regelungen für die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen.¹¹ Andererseits heißt es genauso deutlich, dass die EU den Nationalstaat nicht überflüssig gemacht habe. Das ist zweifellos richtig. Die Autorinnen und Autoren fordern aber, dass der Nationalstaat wieder zu einem Faktor werden müsse, in dem sich soziale Sicherheit und Demokratie durchsetzen können.¹² Wenn aber die Internationalisierung des Kapitals die Möglichkeiten einer Demokratisierung im Inneren der Staaten aushöhlt und den Sozialstaat unter Druck setzt, dann ist diese Orientierung defizitär. Wie soll vorrangig national der internationalisierten Kapitalmacht entgegen gewirkt werden? Wie soll sie reguliert werden? Vor allem bleibt unklar, welchen Stellenwert dann die ebenfalls geforderte Entwicklung der EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion im Gesamtkonzept der Linken haben soll.

Die Hoffnung auf wieder größere nationalstaatliche Handlungsspielräume – zugunsten der länderspezifischen sozialetischen Maximen, wenn es zu schweren Rückschlägen für die europäische Integration kommt¹³ – ist angesichts der vorangeschrittenen internationalisierten Wirtschaft auf europäischer Ebene fraglich. Soziale Probleme und Verwerfungen entstehen ja auch deshalb, weil es unterschiedliche soziale und steuerpolitische u. a. Standards in der EU gibt. Außerdem wird hier der real existierende Konkurrenzkampf zwischen den Zentren USA, Europa und Asien zu wenig beachtet.

Michael Brie sieht die EU als »Ausdruck und Bewegungsform des Finanzmarkt-Kapitalismus in seiner besonderen regionalen Form«. Das Primat der Marktintegration über die soziale und politische Integration, die Dominanz der Regeln der gemeinsamen Märkte über die Regeln nachhaltiger sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung bedrohe die Union. »Die Linke ist damit vor die Aufgabe gestellt, einerseits die Europäische Union verteidigen zu müssen und andererseits dies nur dann erfolgreich tun zu können, wenn sie zugleich für deren Umgestaltung kämpft.«¹⁴ Dies scheint eine tragfähige Grundlage der politischen Strategie der Linken zu sein. Allerdings lässt die Prämisse, die EU sei lediglich Ausdruck und Bewegungsform des Finanzmarkt-Kapitalismus, auch die gegenteilige Schlussfolgerung zu: Kampf gegen die EU!

Außen- und Sicherheitspolitik

Ein Verdienst von Linkspartei und WASG besteht darin, sich deutlich vom Krieg und Militärationen als Mittel der Politik abzugrenzen und dieses Mittel wie auch die Hochrüstung deutlich zu verurteilen.¹⁵ Dabei sehen beide Parteien die Ursachen von Krieg und Gewalt sowie der entwicklungs- und ökologischen Probleme in der heutigen Welt bei den internationalen Konzernen und bei den USA bzw. auch bei der NATO oder den »westlichen Staaten«. Zwar werden auch andere Ur-

11 Vgl. Programmatische Eckpunkte..., a. a. O., S. 7.

12 Vgl. ebenda, S. 15.

13 Vgl. Karl Georg Zinn: Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2004, S. 2/3.

14 Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006, S. 47.

15 Eckpunkte...a. a. O., Abschnitt Friedens- und Entwicklungspolitik in Zeiten der Globalisierung, S. 14.

16 Wörtlich heißt es:
 »Weltweite Wanderungs-
 bewegungen, Massenflucht
 und Vertreibung sind Folgen
 einer Politik, die Millionen
 Menschen von einem Leben
 in Würde abschneidet.«
 Ebenda.

sachen benannt, diese bleiben aber abstrakt.¹⁶ Wer für weltweite Wanderungsbewegungen, Massenflucht und Vertreibung verantwortlich ist, bleibt im Dunkeln. Auf welche gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse diese Erscheinungen zurückgehen, werden ebenfalls nicht beim Namen genannt. Die Betrachtungsweise, lediglich die USA, die westlichen Staaten und die internationalen Monopole zu erwähnen, anderes aber im Abstrakten zu lassen, ist ein Kernpunkt in den Argumentationen innerhalb und im Umfeld von Linkspartei und WASG. Besonders deutlich zeigt sich das im Aufruf zur Gründung einer neuen Linken.

Die privatisierte Gewalt und neuartige kriegerische Konflikte, die nicht zwischen Staaten, sondern in zerfallenden oder zerfallenen Staaten stattfinden und nicht von regulären Armeen, sondern Milizen verschiedener Art vorrangig gegen die Zivilbevölkerung geführt werden, spielen ebenfalls in der Argumentation von linksorientierten Kräften keine oder nur eine marginale Rolle. Aber gerade diese kriegerischen Konflikte, die auf »privatisierte bzw. kommerzialisierte Gewalt« zurückgehen, haben eine weite Verbreitung gefunden. (Ruanda, Sudan, Somalia, Afghanistan und anderswo) Diese Form kriegerischer Konflikte richtet sich vor allem gegen Zivilisten, hier wiederum vorwiegend gegen Kinder und Frauen. Kinder werden gezwungen, als Soldaten zu dienen. Warlords und ihre Söldner und Milizen haben kein Interesse am Frieden. Sie wollen mit dem Krieg Geschäfte machen und ihren Lebensunterhalt verdienen. Diese Gewalt ist nicht nur entstaatlicht, sie ist meist auch prinzipiell antistaatlich.¹⁷

17 Vgl. Erhard Eppler:
 Auslaufmodell Staat?,
 Frankfurt am M. 2005,
 Kapitel 6 und 7.

Staatszerfall geht einher mit der Erosion des Gewaltmonopols des Staates durch Privatisierung von Gewalt. Diese kann von »oben« oder von »unten« erfolgen. Ursachen dafür wurzeln in kolonialen oder vorkolonialen Verhältnissen, die bisher nicht gelöst wurden. Oftmals sind religiöse und ethnische Konflikte nach dem Ende des Systemkonflikts mit aller Macht aufgebrochen. Vor allem in Afrika ist eine große Zahl von solchen kriegerischen Konflikten an der Tagesordnung.

Linksorientierte Politik darf über solche Konflikte und ihre schlimmen Folgen für die Menschen nicht hinweg sehen. Es ist teilweise so, dass westliche Staaten hier bewusst wegschauen, statt rechtzeitig einzugreifen. Zu solchen Konflikten muss die Linke unvoreingenommen ihre Meinung bilden und Stellung beziehen können. Das ist aber zumindest bei der Linkspartei nicht möglich, weil das Ergebnis – laut Münsteraner Beschlüsse – schon vorher feststehen muss. Insofern ist auch die ideologische Prämisse – alles Übel der Welt geht von den USA, den westlichen Staaten und den internationalen Monopolen aus – notwendig, um im Einzelfall jeweils »richtig« entscheiden zu können. Und so ist es auch nicht zufällig, dass bei zu Recht kritisierten (auch von den UN-sanktionierten) Militäreinsätzen die andere Seite gar nicht mehr in ihrer inneren Verfasstheit beschrieben wird. Wenn die Ablehnung von Kriegen nur noch abstrakt und plakativ betont wird, nimmt ihre Überzeugungskraft bei breiten Schichten der Bevölkerung ab.

Auch beim Thema Terrorismus sind die Positionen ambivalent. Völlig zu Recht wird der »Krieg gegen den Terror« als völlig falsches Mittel verurteilt. Andererseits aber spielen die tatsächlich existierenden Gefahren, die vor allem vom religiös motivierten Terrorismus aus-

gehen, kaum eine Rolle.¹⁸ Im Aufruf zur Gründung einer neuen Linken ist der »Raubtierkapitalismus« die einzige Quelle des Terrorismus.¹⁹ Oskar Lafontaine konzentriert sich auf die Verurteilung des »Staatsterrorismus« auf der Grundlage einer Definition des Terrorismus als das »Töten unschuldiger Menschen«. Ähnlich verhält es sich bei seiner Argumentation in Bezug auf den Iran und dessen Streben nach Atomwaffen. Die tatsächlichen Gefahren, die von dort ausgehen, spielen kaum eine Rolle. Er verurteilt lediglich die Politik des Westens.²⁰

Die Menschenrechte werden in den programmatischen Dokumenten der Linkspartei als universelle Rechte eingefordert.²¹ Wenn es aber konkret wird (siehe Kuba), gilt bei einem Teil der Partei diese Forderung nicht mehr. In den Argumentationen zur Menschenrechtsproblematik überwiegt die Verurteilung des Missbrauchs der Menschenrechte in der Politik der »westlichen Staaten«. Das Problem selbst gerät in den Hintergrund. Hier wird teilweise eine Tradition fortgesetzt, die in den realsozialistischen Staaten üblich war. (Menschenrechte als Kampfinstrument des Imperialismus, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten)

Das grundlegende Problem liegt darin, dass in der Linken oftmals einseitig die neuen Probleme einer globalisierten Welt reflektiert werden. Für manche steht von vornherein fest, dass der Kapitalismus, Imperialismus, der Neoliberalismus und die westlichen Staaten an allem Unheil dieser Welt schuld sind. Da gerät in den Hintergrund, die Welt zu sehen wie sie mit ihren vielen neuen Konflikten tatsächlich ist, und nicht alle Probleme durch eine andere Politik der westlichen Staaten zu lösen sind. Auch ist die Antwort »Prävention« nicht für alle Konflikte schlüssig und nicht immer adäquat. Die Linke schwankt weiter zwischen der Anerkennung des Völkerrechts und damit auch des Gewaltmonopols der UNO und einer de facto Ablehnung dieses Monopols.

»Wissensgesellschaft« oder der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien

Unter dem Stichwort Wissensgesellschaft werden in der öffentlichen Debatte eine Reihe neuer Herausforderungen gefasst, auf die die Politik reagieren müsse. Es geht hier in erster Linie um den neuen Stellenwert von wissensbasierter Produktion, d. h. die Produktivkraftentwicklung ist in neuer Qualität von Wissenschaft und Innovation abhängig.

Solche Prozesse sind im Parteiprogramm der Linkspartei unter dem Titel »Der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien« sehr ausführlich und in seinen weit reichenden ökonomischen und sozialen Auswirkungen beschrieben: »Die Ökonomie der physischen Produktion wird durch die Ökonomie von Information und Kommunikation ergänzt und umgewälzt...Moderne Information und Kommunikation beschleunigen den sozialen Wandel, die Vernetzung und Komplexität moderner Gesellschaften und den Globalisierungsprozess. Flexibilisierung und Individualisierung wurden zu Grundprozessen der modernen Gesellschaften und zur Herausforderung der Linken.«²² Allerdings liegt hier der Akzent nicht auf der Notwendigkeit, den Innovationsprozess in seiner Vielfältigkeit (nicht

18 Vgl. Eckpunkte... a. a. O., S. 14.

19 Vgl. Aufruf zur Gründung einer neuen Linken, a. a. O.

20 Vgl. Oskar Lafontaine, Was ist die Linke? Rede auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar in Berlin, in: Die Linke.PDS-Presse-dienst, 4/2006, S.11/12.

21 Im Parteiprogramm der Linkspartei heißt es: »Die PDS tritt dafür ein, den universellen Menschenrechten durch die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit, durch den Dialog der Kulturen und Zivilisationen in allen Ländern Geltung zu verschaffen.« Programm, S. 11.

22 Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 6.

23 Sehr überzeugend werden hier neue Prozesse der Ausbeutung in ihrer Widersprüchlichkeit beschrieben. Auch wird auf die »bisher in unbekanntem Maße« betriebene Ausbeutung kultureller Ressourcen hingewiesen. Ebenda.

24 Vgl. Oskar Lafontaine: Politik für alle, Berlin 2005, S. 63 – 68.

nur als technische Angelegenheit begriffen) verstärkt zu fördern, sondern auf den negativen Auswirkungen, die die kapitalistische Form dieses Prozesses mit sich bringt.²³ Von Innovation und den neuen Herausforderungen für die wissensbasierte Produktion ist gar nicht die Rede. Es geht nur darum, die neuen Potenziale der Gesellschaft emanzipativ und solidarisch zu nutzen.

Werden im Parteiprogramm der Linkspartei Flexibilisierung und Individualisierung bei der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse zumindest nicht von vornherein als negative Erscheinungen beschrieben, so ändert sich das in der Folgezeit. Vor allem Oskar Lafontaine definiert diesen Begriff der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nur negativ.²⁴ Es handelt sich aber um einen vielschichtigen Prozess, in dem sicher die emanzipativen Seiten stärker erkämpft und durchgesetzt werden müssen. So aber könnte der Eindruck entstehen, dass hier die Maßstäbe der traditionellen Arbeitnehmerschaft in Großbetrieben mit noch weitgehender fordistischer Produktionsweise und die traditionelle Kleinfamilie der fünfziger und sechziger Jahre der Maßstab sein könnten.

Bildung und Wissenschaft werden im Eckpunktepapier zu Recht als eine Herausforderung aufgeführt. Der Akzent liegt hier auf der Kritik von sozialer Auslese und zu niedrigen Bildungsausgaben. Betrachtet man aber die Gesamtheit der programmatischen Forderungen der Linken ist ein Vorrang für Bildungsausgaben nicht festzustellen. Die sozialen Transfers des Staates (Rente, höhere Sozialleistungen, mehr Kindergeld u. a.) stehen offenbar im Mittelpunkt. Die Linke steht vor der Frage, die politischen Schwerpunkte bzw. Projekte noch deutlicher herauszuarbeiten. Der Vorrang von mehr und besserer Bildung, deutlich größere Anstrengungen für den Zugang aller zu qualifizierter Bildung, nicht nur für Forschung und Entwicklung, sondern für die Innovationsfähigkeit der ganzen Gesellschaft, sollten im Mittelpunkt linker Politik stehen. Hier das Feld anderen zu überlassen, wäre verfehlt.

Die anderen Parteien betonen den Vorrang von Bildung und hier vor allem von »Zugangsgerechtigkeit«, ohne das allerdings politisch einzulösen. Der zentrale Stellenwert von »innergesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit gegenüber finanziellen Realtransfers« werde immer wichtiger. In diesem Sinne müsse Bildung als öffentliches Gut allen in ausreichendem Maße und zu erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung stehen.²⁵ Selbstverständlich muss man sich hier gegen die mehr oder weniger versteckten Vorstellungen über Kürzungen von sozialen Transfers wenden. Dennoch nimmt die Bedeutung von Bildung, Weiterbildung und Wissenschaft und vor allem die Überwindung von Bildungsbarrieren gegenüber reinen Sozialtransfers zu, um soziale Benachteiligungen und Gegensätze nachhaltig zu überwinden.

Auch ist die Kritik an der Kapitalverwertbarkeit von Wissen vor allem in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik oftmals zu einseitig. Gerade hier geht es nicht nur um einen Prozess, der der Kapitalverwertung dient, beachtet werden muss auch die stoffliche Seite, die Entwicklung und Entfaltung von Produktivkräften. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Forderung, die profitorientierte Einflussnahme der Wirtschaft auf die Universitäten und Hochschulen zurückzunehmen, oftmals zu einseitig.²⁶

25 Wolfgang Thierse, Edelgard Bulmahn: Kulturelles Leben, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Impulse für ein neues Grundsatzprogramm, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin, Dezember 2004, S. 4.

26 Vgl. Eckpunktepapier..., a. a. O., S. 12.

Teilweise gibt es in der linken Debatte und bei den alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepten eine verkürzte Sicht auf die *Verteilung*. Das Verdrängen der Verteilungsfrage bei anderen politischen Kräften darf nicht dazu verleiten, sich im schlichten Gegenteil nur darauf zu fokussieren. Inge Höger-Neuling stellt fest, jeder Mensch habe grundsätzlich ähnliche Bedürfnisse. Wenn diese erfüllt seien, »kommt es zur Kapitalanhäufung, zu Zinseinkünften... Wir wollen niemandem etwas wegnehmen, was er oder sie braucht. Aber es gibt Leute, die wesentlich mehr haben, als sie brauchen.«²⁷ Nun ist unbestritten, dass es eine gerechtere Steuerpolitik geben muss, aber durch einfache Umverteilung werden sich die wirtschaftspolitischen und damit auch die sozialpolitischen Probleme nicht lösen lassen. Früher oder später ist der Kuchen dann aufgebraucht. Vor allem stellt sich die Frage, wer festlegt, wann jemand genug hat oder nicht? Wo liegt da die Grenze? Für jemanden mit DDR-Biografie stellt sich das Problem noch in einem andern Licht dar. Die Nivellierung von Bedürfnissen war ein wesentlicher Grund für das Scheitern der DDR. Die Konzentration auf die Grundbedürfnisse (preiswertes Wohnen, Arbeit und billige Grundnahrungsmittel) entsprechen nicht einer ausdifferenzierten und weitgehend individualisierten Gesellschaft. Auch das hat zum Scheitern des »Realsozialismus« beigetragen.

27 Inge Höger-Neuling: Eine neue soziale Idee wagen. Alternativen zur Politik der großen Koalition, in: Dokumentation über die erste Anhörung der Fraktion DIE LINKE, vom 9. Januar 2006, S. 26.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit

Hier gibt es einige Probleme und Widersprüche im generellen Herangehen der Linken. Im Eckpunktepapier ist das ganz einfach: »Anstatt mehr Menschen in Bildung, Gesundheitswesen und anderen humanorientierten Dienstleistungen zu beschäftigen, werden sie arbeitslos oder müssen zu unsicheren Bedingungen und niedrigen Löhnen arbeiten.«²⁸ Solche Formulierungen, in denen offenbar einfach nur der Wille fehlt Leute einzustellen, simplifizieren das Problem. Oder die Autorinnen und Autoren wollen die »große« Alternative. Das wiederum erinnert an vereinfachte Vorstellungen einer staatssozialistischen Wirtschaftsweise. Dort gab es »Vollbeschäftigung«. Dieses Modell ist aber historisch gescheitert. Auch ein Blick in andere europäische Länder zeigt, dass es hier keine eindeutigen Ergebnisse über Erfolge oder Misserfolge bei der Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit – weder beim skandinavischen noch beim angelsächsischen Modell – gibt.

28 Programmatrische Eckpunkte, a. a. O., S. 3.

Es ist illusorisch, auf hohe Wachstumsraten wie in den 50er und 60er Jahren zu hoffen. Auch die alten Illusionen von einer tendenziellen Überwindung des Krisenzyklus und einer »Verstetigung« des Wirtschaftswachstums haben sich erledigt. Relativ unstrittig war in den vergangenen Jahren im linken Spektrum, dass es die »Vollbeschäftigung« alten Typs nicht mehr geben wird. Wenn das so ist und eine staatssozialistische Lösung nicht in Frage kommt, sollte man auch konsequent von diesen Prämissen bei der Suche nach Alternativen ausgehen. Hier wiederum gibt es im linken Spektrum ein unterschiedliches Herangehen. Die einen wollen einen Teil der Gesellschaft ohne Nachweis von Bedürftigkeit »subventionieren«, da die Erwerbsarbeit ohnehin nicht für alle reicht. Eine solche Vorstellung teilt die Gesellschaft von vornherein in solche Menschen, die ständig Hochleistungen vollbringen müssen, und andere, die ein Leben ohne die

29 Für Eva Müller sind Staatsschulden überhaupt kein Problem, weil diese durch das Sparen der Bevölkerung ausgeglichen werden. In dem Maße, wie das Sparvolumen wächst, können auch die Schulden des Staates wachsen. Vgl. Eva Müller: Die Staatsschulden und das Sparen der Bevölkerung, in: Sozialismus 3/2006, S.11. Wenn die Leute aber immer mehr Sparen und nicht konsumieren, geht die ganze Theorie der Nachfragepolitik nicht auf. Und Inflation als Problem scheint auch nicht zu existieren. Aber auch die Theorie, nach der höhere Schulden nur für einen begrenzten Zeitraum benötigt werden und beim Aufschwung wieder abgetragen werden, hat in den letzten Jahrzehnten nicht funktioniert. Im Gegenteil, die Staatsverschuldung ist immer weiter angewachsen.

30 Nach Oskar Lafontaine reflektiert der Begriff der Lohnnebenkosten das Interesse der Unternehmerschaft oder der Kapitalistenklasse. Er verweist zwar zu Recht darauf, dass es sich hier um Geld für Rentner, Kranke, Arbeitslose oder Pflegebedürftige handelt. Damit ist aber nicht geklärt, ob diese Gelder immer und in erster Linie aus den Arbeitskosten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) gezahlt werden oder ob es sinnvoll ist, einen größeren Teil als bisher aus Steuermitteln zu finanzieren. Vgl. Oskar Lafontaine: Was ist die Linke, a. a. O., S. 10/11.

31 Die Wirkungen von Schwarzarbeit werden kontrovers diskutiert. Hier geht es zunächst darum, die Tatsache als eine Größenordnung anzuerkennen.

Zwänge und Entfremdungen der Erwerbsarbeit führen können. Dieses Herangehen vergisst, dass die Erwerbsarbeit, die auch Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte ist, nach wie vor eine zentrale gesellschaftliche, damit aber auch subjektive Bedeutung hat.

Andere sehen offenbar bei der Wiederherstellung von »Vollbeschäftigung« kein Problem, wenn Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und mehr Arbeitsplätze, vor allem im öffentlichen Dienst oder durch mehr staatliche Aufträge, d. h. durch noch höhere Staatsverschuldung, vergeben werden.²⁹ Auch hohe Lohnnebenkosten spielen keine Rolle. Sie erscheinen nur als ein Täuschungsmanöver der Herrschenden, um Rentnern, Kranken, Pflegebedürftigen und Arbeitslosen das Geld aus der Tasche zu ziehen.³⁰ Schwarzarbeit existiert nicht.³¹ Dem Dogma der Neoliberalen »Lohnnebenkosten senken« wird oftmals ein anderes Dogma entgegengesetzt: Die prozentuale Steigerung der Lohnnebenkosten spielt keine Rolle. Es geht hier nicht darum, die Umverteilungsfunktion von Lohnanteilen zugunsten von Nicht- oder Nichtmehrerwerbstätigen zu leugnen bzw. abzuschaffen. Der Anteil von Sozialversicherungsbeiträgen muss durch die Entwicklung der Produktivität gedeckt sein.³²

Die Privatisierungsoffensive wird in der Linken zu Recht kritisiert und abgelehnt. Andererseits aber gerät die gigantische Privatisierung durch immer höhere Staatsverschuldung (Verwandlung von Steuern in Zins- und Tilgungszahlungen des Staates an die Banken) aus dem Blickfeld oder sie wird nur am Rande wahrgenommen. Zwar werden die hohen »Arbeitskosten« von anderen Parteien und den Vertretern der Wirtschaft tatsächlich in ihrer Bedeutung überhöht dargestellt, sie aber bei einer weitgehend internationalisierten Wirtschaft zu leugnen, wäre ebenso verfehlt.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist eines der Hauptargumente der anderen Parteien, um Veränderungen im gegenwärtigen Rentensystem vorzunehmen (u. a. die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre) und die Notwendigkeit privater Vorsorge (u. a. durch die Riester-Rente) zu betonen. Von der Linken wird beides abgelehnt. Immer öfter wird behauptet, die demografischen Herausforderungen würden lediglich ein Vorwand der Neoliberalen sein, die Renten zu kürzen.

Im gültigen Parteiprogramm der Linkspartei wird im Teil Reformalternativen der demografische Wandel als grundsätzliche Herausforderung an die Gesellschaft vor allem im Hinblick auf die Arbeitswelt, für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Weiterbildung, für Architektur, Städteplanung und Dienstleistung begriffen.³³ Ausgeschlossen bleiben hier Konsequenzen für das Rentensystem. Diese existieren programmatisch für die Linkspartei offenbar nicht. Die WASG lehnt noch viel deutlicher die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung als Ursache für die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich ab.³⁴ Auch in den programmatischen Eckpunkten wie auch im Aufruf zur Gründung einer neuen Linken werden Konsequenzen demografischer Veränderungen für die Alterssicherungssysteme direkt oder indirekt abgelehnt. Die Argu-

mentation der Linken geht generell dahin, die faktischen Rentenkürzungen und das schrittweise Heraufsetzen des Renteneintrittsalters nur dem bösen Willen der Herrschenden anzulasten.

Vor Jahren gab es ein unterschiedliches Herangehen an den demografischen Wandel innerhalb der PDS. Heidemarie Lüth, MdB in der Wahlperiode 1998-2002, akzeptierte in einer Argumentation durchaus die offiziellen Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.³⁵ Die Folgen des Wandels müssten im politischen Handeln auf allen Feldern der Gesellschaftspolitik berücksichtigt werden, zumal der »Umgang mit dem demografischen Wandel mehr und mehr zu einer Überlebensfrage des Sozialstaates wird. Denn gegenwärtig kommen auf 100 Einwohner im »erwerbsfähigen Alter« zwischen 20 und 60 Jahren 40 Einwohner über 60 Jahre. 2030 werden es, je nach Höhe der Zuwanderung 68-74 über 60-jährige sein. Entscheidend ist aber nicht das Zahlenverhältnis zwischen Jungen und Alten, sondern das zwischen Rentnern und Erwerbstätigen, die Beitragspflichtigkeit der Beschäftigten und die Höhe der gezahlten Löhne.«³⁶

Wurde in den vergangenen Jahren noch innerhalb der PDS über die Zukunftsfestigkeit des umlagefinanzierten Rentensystems diskutiert, so werden die Auswirkungen des Demografieproblems auf das Rentensystem in der Gegenwart weitestgehend abgelehnt. Die Hauptargumente für diese Ablehnung sind³⁷:

- Die Hauptschuld an den gegenwärtigen Problemen der Rentenversicherung ist die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung nicht-versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs). *Das ist zweifellos richtig und muss immer wieder betont werden. Dennoch müssen gerade bei den Renten auch die Probleme der Zukunft sehr früh bedacht werden. Vor allem aber ist nicht davon auszugehen, dass durch ein Wunder oder durch linke Politik sich schnell und grundsätzlich etwas ändern wird. Die Zeiten der Vollbeschäftigung, die im Fordismus bzw. in der Nachkriegszeit üblich waren, sind vorbei. Das trifft auch auf die Erwerbsbiografien der damaligen Zeit zu.*

- 50-Jahres-Prognosen übersehen zwangsläufig die vielfältigen Strukturbrüche in einem so langen Zeitraum. *Das ist so allgemein sicher richtig, aber damit zu rechnen, dass sich die Bevölkerungsentwicklung wieder umkehrt, ist in einem hoch entwickelten kapitalistischen (Post)-Industrieland mitten in Europa, das auf wissenschaftlicher Ökonomie mit einer entsprechenden Sozialstruktur und Lebensweise beruht, nicht zu erwarten.*

- Die Modellannahmen der Bevölkerungsberechnungen sind keine Naturgewalten, sondern sie sind z. T. durch die Politik beeinflussbar. *Auch das ist sicher richtig, aber die Frage lautet, wie weit sind diese beeinflussbar. Davon auszugehen, dass der Trend sich umkehren lässt, ist weit überzogen und illusionär.*

- Bevölkerungsberechnungen werden alle paar Jahre wegen veränderter Grundlagen mit anderen Ergebnissen wiederholt. *Nur die bisherigen Ergebnisse sind noch dramatischer ausgefallen, keineswegs in die Richtung einer Wiederkehr alter Verhältnisse.*

- Bei Finanzierungsberechnungen müssen Ältere und Junge gemeinsam betrachtet werden. (Also für die »Belastung« der Volkswirtschaft ist nicht nur die so genannte Altenlast, sondern auch das Verhältnis der Alten und Jungen zusammen zu denen im erwerbsfähigen

Zu leugnen ist nicht, dass Steuern und vor allem Sozialversicherungsbeiträge ausfallen. Beim Ausfall von Sozialversicherungsbeiträgen argumentieren Linke immer nur mit den Mini-Jobs. Zu beachten ist auch, dass gerade Klein- und Mittelbetriebe durch Schwarzarbeit oftmals in den Ruin getrieben werden.

32 Vgl. Michael Wendl: Fetisch Lohnnebenkosten, in: Sozialismus 8-9/2005, S. 36. Allerdings bleibt unklar, wieso der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge in den 90er Jahren nur positiv gewesen sein soll. Er hätte über die Ausgaben der Sozialversicherung dafür gesorgt, dass die inländische Nachfrage nur stagnierte, aber nicht gesunken sei. (S. 35) Wenn Arbeitnehmer weniger in der Tasche haben, sinkt aber deren Nachfrage auch. Außerdem bleibt hier offen, wer von den erhöhten Ausgaben im Gesundheitswesen vor allem profitierte.

33 Vgl. Programm der Partei der Demokratischen Sozialismus, Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, Abschnitt III/6, S.16.

34 »Die heutigen Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme haben ihre Ursache nicht in immer höheren Ansprüchen oder in Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung. Sie sind vielmehr auf der Einnahmeseite zu finden. Die unzureichenden Beitrags-einnahmen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sind das Ergebnis der Massenarbeitslosigkeit, der fortschreitenden Umverteilung

zu Lasten der Einkommen aus sozialversicherter Arbeit und der Zunahme unversicherter Beschäftigung.« Gründungsprogramm der WASG, Internetausdruck, S. 5.

35 Akzeptiert werden von ihr die anhaltend niedrigen Geburtenzahlen sowie der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung. Die Anzahl der geborenen Kinder sinkt um ein Drittel je Generation...Die zahlenmäßigen Gewichtungen der verschiedenen Altersgruppen werden sich erheblich verändern. Der Anteil der unter 20-Jährigen wird sich von rd. 21 Prozent auf rd. 16 Prozent verringern. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt von heute 46 Mill. bis 2050 auf 26 Mill. Der Anteil der Menschen zwischen 20 und 60 Jahren wird voraussichtlich von 57 Prozent auf 47 Prozent zurückgehen. Bereits 2040 wird die Hälfte der Bevölkerung über 49 Jahre alt sein. Die Lebenserwartung wird um mindestens 4 Jahre bis 2050 ansteigen. Dadurch wird sich der Anteil der über 80-Jährigen bis dahin vervierfachen. Während es 1950 etwa doppelt so viele Menschen unter 20 Jahren wie über 59-Jähige gab, so wird es im Jahre 2050 so viel ältere wie jüngere Menschen geben.

36 Ebenda.

37 Vgl. Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik. Veröffentlichungen der AG Alternative Wirtschaftspolitik, 2004; Gerd Bosbach: Den Leuten wird eine Katastrophe vorgegaukelt, in: Berliner Zeitung vom 18. 3. 2006. Axel Gerntke:

Alter von Bedeutung). Da es weniger Junge gebe, nehmen für diese die Kosten ab. *Das stimmt aber gerade nicht. Die Defizite bei der Bildung und Kinderbetreuung müssen überwunden werden. Das erfordert mehr Geld. Für die Linkspartei existiert das Problem von Schwerpunkten allerdings nicht. Sie fordert generell mehr Geld sowohl für das eine wie das andere und sieht dabei keine Probleme.*

- Bei Arbeitskräftedefizit und längerer Lebenserwartung wird sich auch das Renteneintrittsalter erhöhen, was ebenfalls bei den Darstellungen zu berücksichtigen wäre. *Das Renteneintrittsalter wird ja nun Zug und Zug erhöht (Rente mit 67 ab 2019), aber gerade das trifft ja auf den erbitterten Widerstand der Linkspartei.*

- Der Produktionsfortschritt in 50 Jahren lässt es zu, auch weitere Lasten zu schultern. Er wird bei den Bevölkerungsprognosen einfach ausgeblendet. *Es gibt in jedem Stadium der Produktivitätsentwicklung ein Niveau des Lebensstandards, das als »normal« gilt. Das hat sich im Verlaufe der Geschichte letztlich zumindest hier zu Lande erhöht. Das beseitigt aber nicht das Problem der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf verschiedene Generationen, zumal wir es beim deutschen Rentensystem mit einem Umlageverfahren zu tun haben. Erhöht man die Steuermittel, die in das Rentensystem fließen, um es zu retten, dann bleibt letztlich die Frage, ob das für die Gesellschaft zukunftsträchtig und sozial gerecht ist.* Bosbach argumentiert damit, dass bei einem angenommenen Gesamtanstieg der Arbeitsproduktivität bis 2050 von 84 bis 140 Prozent und entsprechender Lohnsteigerung Rentner und Kinder problemlos versorgt werden könnten, ohne dass jemand verzichten müsse. Selbst bei einer unrealistischen Verdopplung der Rentenbeiträge auf 40 Prozent lägen die verfügbaren Bezüge der Beschäftigten um mehr als 900 Euro über dem heutigen Durchschnittseinkommen.³⁸ *Folgt man dieser Logik, dann wird –wie oben schon betont – das jeweils historisch erreichte allgemeine Lebensniveau als Maßstab ausgeblendet. (Die durchschnittliche Kaufkraft Mitte der sechziger Jahre entsprach der eines heutigen ALG II-Empfängers. Ginge man danach, müsste man das Leistungsniveau des ALG II senken, weil es heute viel zu hoch wäre). Außerdem sind die anderen angenommenen Faktoren, wie die heutige Entwicklung zeigt, nicht realistisch berechnet.*

- Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von ca. 1,7 Prozent sei genug Geld für Junge und alte da. *Dazu trifft die Argumentation im zuvor genannten Punkt zu. Außerdem ist es illusorisch von stetigen Wachstumsraten selbst dieser Größenordnung verlässlich auszugehen. Beachtet werden muss auch, dass die Forderungen der Linken zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit erhebliche Steuermittel erfordern. Das wird aus der Betrachtung in der Regel ausgeblendet.*

- Mit dem Jahr 2050 wurde bewusst oder unbewusst das dramatischste Jahr negativer demografischer Auswirkungen ausgewählt und der Öffentlichkeit präsentiert. *Jüngere Berechnungen im Zusammenhang mit dem Rentenbericht der Bundesregierung gehen auch vom Jahr 2030 aus. Selbst bei diesen Berechnungen bleiben die Probleme bestehen.*

Die verschiedenen nachvollziehbaren Vorschläge der Linkspartei können die gravierenden Probleme des gegenwärtigen Rentensystems nur teilweise lösen. Gleichzeitig bleibt es aber eine Illusion, über das

gegenwärtige beitragsbezogene System allein eine den Lebensstandard sichernde Rente für alle zu garantieren. Die Frage lautet, ob eine den Lebensstandard sichernde Rente noch das zentrale realistische Ziel sein kann, wie das in den programmatischen Eckpunkten gefordert wird.³⁹ Im Bundestagswahlprogramm der Linkspartei von 2005 wird eine solche Forderung nicht erhoben. Im Mittelpunkt der Forderungen hier steht eine die Existenz sichernde Rente mit Grundbetrag. In den Eckpunkten des »Renten-Konzepts« der PDS-Bundestagsfraktion (Februar 2000) wird eine Rente gefordert, die ein »ganz normales Leben« für das Alter sichern soll.⁴⁰ Hier bleibt fraglich, was ein »ganz normales Leben« ist. Dies ist sicher differiert für verschiedene soziale Schichten zu verstehen. Aber schon hier wurde offenbar von einer den Lebensstandard sichernden Rente Abschied genommen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen und Forderungen der Linken sollte die Sicherung einer Rente mit Grundbetrag stehen.

Zusammenfassung

Die Linke argumentiert richtigerweise, dass es Alternativen zur dominierenden Politik gibt. Sie ist deutlich, wenn es darum geht, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ursache sozialer Spaltungen zu kritisieren. Das macht sie gegenüber den anderen Parteien kenntlich. Eine andere Frage aber ist, ob es richtig und sinnvoll ist, den anderen Parteien vorzuwerfen, sie würden die Zwänge der Globalisierung, den demografischen Faktor und den Hinweis auf andere Herausforderungen nur benutzen, um ihre neoliberale Politik zu begründen. Bei einer solchen Konstellation kann die Linke nicht gewinnen. Sie bleibt in der Defensive, wenn sie nicht die Herausforderungen selbst ernst nimmt und sie zum Ausgangspunkt ihrer politischen Konzepte und programmatischen Überlegungen macht. Von dieser Prämisse aus ginge es dann auch darum, die ideologisch motivierten Überhöhungen durch andere Parteien zu kritisieren.

Gegenwärtig gibt es Argumentationsstränge bei der Linken, die bei den Gegnern und Konkurrenten der Linken durchaus Argumente für deren Auseinandersetzung nähren können:

Globalisierung: Ablehnung – keine Gestaltungsmöglichkeiten – Rückkehr zur nationalstaatlichen Steuerung.

Europäische Union: Erscheinungsform des Neoliberalismus.

Außen- und Sicherheitspolitik: Die westlichen Staaten und transnationalen Konzerne sind an allem Unheil dieser Welt schuld.

Friedenspolitik: verbleibt im Plakativen, lässt sich oftmals nicht auf reale Konfliktursachen ein; widersprüchliches Verhältnis zur UNO in Gewaltfragen.

Hohe Staatsverschuldung: bei ordentlicher Einnahmepolitik kein Problem.

Zu hohe Lohnnebenkosten: eine neoliberale Erfindung.

Demografischer Faktor dient nur dazu, die Renten zu kürzen.

Flexibilisierung: Machwerk der Neoliberalen.

In dieser Dichte und Zuspitzung wird zwar überwiegend nicht argumentiert. Dennoch entsteht oftmals ein solches Bild. Die Linke sollte deshalb stärker darauf achten, nicht in die Populismusfalle zu gehen.

Die solidarische Alternative zum Sozialabbau, auch bei der Alterssicherung; Solidarische Bürgerversicherung!, in: Reader zur ersten öffentlichen Anhörung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, S. 39.

38 Vgl. Märchen Demographie-Zeitbombe. Die alternde Gesellschaft bedroht den Sozialstaat nicht. Ein Bericht von Peter Liebers über eine Veranstaltung mit Prof. Gerd Bosbach, in: Neues Deutschland vom 12. 2. 2005. Siehe auch Neues Deutschland vom 12. 3. 2005.

39 Programmatische Eckpunkte, a. a. O., S. 9.

40 Eckpunkte des »Renten-Konzepts« der PDS-Bundestagsfraktion, Entwurf der AG Rentenreform, Februar 2000, Ma-nuskript. Ähnlich lautet die Formulierung bei Heidi Knake-Werner, Horst Kahrs: Flexibilität und Sicherheit im sozialen Wandel, in: Soziale Sicherheit 5/2000.